

---

**Vorsitz: Vereinigte Staaten von Amerika**

## **966. PLENARSITZUNG DES FORUMS**

1. Datum: Mittwoch, 27. Januar 2021 (über Videokonferenz)

Beginn: 10.00 Uhr  
Unterbrechung: 13.15 Uhr  
Wiederaufnahme: 15.00 Uhr  
Schluss: 16.15 Uhr

2. Vorsitz: C. Austrian

Vor Eintritt in die Tagesordnung erinnerte die Vorsitzende das Forum für Sicherheitskooperation (FSK) an die technischen Modalitäten für die Durchführung von FSK-Sitzungen während der COVID-19-Pandemie laut FSC.GAL/2/21 OSCE+.

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: ALLGEMEINE ERKLÄRUNGEN

- (a) *Die Lage in der und rund um die Ukraine:* Ukraine (FSC.DEL/25/21) (FSC.DEL/25/21/Add.1), Portugal – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Andorra, Georgien, Moldau, San Marino und der Ukraine) (FSC.DEL/30/21/Rev.1), Vereinigte Staaten von Amerika, Vereinigtes Königreich (FSC.DEL/28/21 OSCE+), Kanada, Russische Föderation (Anhang 1)
- (b) *Gemeinsame Militärübung „Winter 2021“ von Aserbaidshan und der Türkei vom 1. bis 12. Februar 2021:* Armenien (Anhang 2) (FSC.DEL/31/21), Aserbaidshan, Türkei (FSC.DEL/32/21 OSCE+)

Punkt 2 der Tagesordnung: SICHERHEITSDIALOG: VERSTÄRKTE VORNEPRÄSENZ (ENHANCED FORWARD PRESENCE)

– *Vortrag von B. San, NATO Director of Operations*

- *Vortrag von M. Murphy, stellvertretender Staatssekretär für europäische und eurasische Angelegenheiten, Außenministerium der Vereinigten Staaten*
- *Vortrag von Oberst G. Trohel, französisches Verteidigungsministerium*
- *Vortrag von A. Tyskiewicz, Stellvertretende Direktorin für Sicherheitspolitik, polnisches Außenministerium*
- *Vortrag von K. Aleksa, Direktor für internationale Beziehungen und Einsätze, litauisches Verteidigungsministerium*

Vorsitz, B. San (FSC.DEL/21/21 OSCE+), M. Murphy (FSC.DEL/19/21 OSCE+), Oberst G. Trohel (FSC.DEL/20/21 OSCE+) (FSC.DEL/20/21/Add.1 OSCE+), A. Tyskiewicz (FSC.DEL/23/21 OSCE+), K. Aleksa (FSC.DEL/24/21 OSCE+), Albanien (Anhang 3), Portugal-European Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island und Norwegen; sowie mit Georgien, Moldau und der Ukraine) (FSC.DEL/29/21/Rev.1), Frankreich (Anhang 4), Vereinigtes Königreich (FSC.DEL/27/21 OSCE+), Lettland, Kanada, Slowenien (FSC.DEL/16/21 OSCE+), Deutschland (Anhang 5), Dänemark, Belarus (FSC.DEL/22/21 OSCE+), Rumänien (Anhang 6), Türkei (FSC.DEL/32/21 OSCE+), Norwegen (Anhang 7), Georgien (FSC.DEL/33/21 OSCE+), Montenegro, Bulgarien (Anhang 8), Russische Föderation (Anhang 9), Ukraine (FSC.DEL/26/21 OSCE+), Vereinigte Staaten von Amerika

Punkt 3 der Tagesordnung: SONSTIGES

- (a) *Bestellung von S. Jasinskiene (Litauen) zur Koordinatorin für die Jährliche Sicherheitsüberprüfungskonferenz 2021: Vorsitz*
- (b) *Hochrangiges Militärdoktrinenseminar am 9. und 10. Februar 2021: Vorsitz, Vereinigtes Königreich*
- (c) *Schreiben und Entwurf für den Beitrag der OSZE zur umfassenden Überprüfung des Standes der Durchführung von UNSCR 1540 2020–2021 (FSC.DEL/15/21): FSK-Koordinator für Fragen der Nichtverbreitung (Belarus), Spanien*
- (d) *Protokollarische Angelegenheiten: Belarus, Vorsitz, Vertreter des Konfliktverhütungszentrums*
- (e) *Vorstellung eines extrabudgetären Projekts zum E-Learning-Programm des FSK: Vorsitz, Vertreter des Konfliktverhütungszentrums, Schweiz (auch im Namen von Finnland und Liechtenstein) (Anhang 10), FSK-Koordinator für das Wiener Dokument (Schweden) (auch im Namen des FSK-Koordinators für den Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit (Schweiz), der FSK-Koordinatorin für Angelegenheiten betreffend UNSCR 1325 (Albanien), des FSK-Koordinators für Fragen der*

Nichtverbreitung (Belarus), des FSK-Koordinators für Projekte betreffend Kleinwaffen und leichte Waffen und Lagerbestände konventioneller Munition (Austria) und der Vorsitzenden des informellen Freundeskreises zu Kleinwaffen und leichten Waffen (Lettland)) (Anhang 11)

- (f) *Bericht über die 89. Sitzung der OSZE-Kommunikationsgruppe am 16. Dezember 2020 (FSC.GAL/144/20):* Vertreter des Konfliktverhütungszentrums

Das FSK nahm zur Kenntnis, dass der Weltweite Austausch militärischer Information am 29. April 2021 und der jährliche Austausch militärischer Information am 15. Dezember 2021 stattfinden werden.

- (g) *Ersuchen, in offiziell verteilten OSZE-Dokumenten und bei OSZE-Material für Neutralität in Bezug auf den Status des Kosovo zu sorgen:* Serbien (Anhang 12)
- (h) *Ersuchen um Hilfe beim Ausbau der Kapazitäten der nationalen Behörden von Aserbaidschan für die Durchführung von Maßnahmen zur Verminderung des von explosiven Kampfmittelrückständen ausgehenden Risikos und Bewältigungsmaßnahmen:* Aserbaidschan (Anhang 13)

4. Nächste Sitzung:

Mittwoch, 3. Februar 2021, um 10.00 Uhr, über Videokonferenz

**966. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 972, Punkt 1 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Frau Vorsitzende,

obschon derzeit der OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM) zufolge die Waffenruhe in der Ostukraine im Allgemeinen eingehalten wird, wird nach wie vor vom Beschuss von Wohngebieten im Donbass durch die ukrainischen Streitkräfte berichtet. Die ukrainischen Sicherheitskräfte eröffneten auch über die Neujahrsfeiertage unvermindert das Feuer und verübten Sabotage. Gorlowka, Staromychajlowka, Kominternowe, Leninske und Sachanka in der Region Donezk waren unter den Siedlungen, die erneut betroffen waren.

Zusätzliche Maßnahmen zur Stärkung der Waffenruhe, die in der Trilateralen Kontaktgruppe (TCG) im Juli vergangenen Jahres vereinbart wurden, wurden von der ukrainischen Regierung erheblich verfälscht und in Abrede gestellt. Die Ukraine weigert sich beharrlich, Verstöße gegen die Waffenruhe unter Beteiligung der Parteien des bewaffneten Konflikts verifizieren zu lassen. In diesem Zusammenhang sind Aussagen des Oberbefehlshabers der Streitkräfte der Ukraine Ruslan Khomchak in einem Interview des *Obozrevatel* am 30. Dezember 2020, das ukrainische Militär im Donbass solle „sich bewegen“ und nicht in den Schützengräben sitzen, um das gesamte Gebiet des Donbass wieder unter Kontrolle der Regierung zu bringen, eine Verhöhnung der Bemühungen um eine friedliche Beilegung. Offensichtlich schließt die Ukraine ein Szenario nicht aus, das die Anwendung von Gewalt beinhaltet, um den innerukrainischen Konflikt zu „lösen“.

Die ukrainische Regierung spricht immer wieder von der angeblichen Wirkungslosigkeit des Minsker Maßnahmenpakets und der Notwendigkeit, es zu überarbeiten. Ende vergangenen Jahres sagte Präsident Wolodymyr Selenskyj in einem Interview des *Fokus* am 25. Dezember 2020, dass er persönlich sich überhaupt aus den Minsker Vereinbarungen zurückziehen würde. Der Führer der Ukraine machte auch kein Hehl aus der Tatsache, dass die Ukraine die Vereinbarungen „nur benötigt, um die Sanktionen gegen Russland aufrechtzuerhalten“. Es stellt sich heraus, dass für die ukrainische Regierung nicht die erklärte „Herstellung von Frieden und Stabilität“ im Land vorrangige Bedeutung hat, sondern die unverhohlene Ausnutzung des Problems der „Nichtbeilegung des Konflikts“ und die Erweckung des „Anscheins“ aktiver Arbeit an einer Konfliktbeilegung im Donbass. Wir fordern die Ukraine nachdrücklich auf, mit der Demagogie aufzuhören und tatsächlich damit

zu beginnen, das Maßnahmenpaket zur Umsetzung der Minsker Vereinbarungen vollständig und systematisch umzusetzen.

Angesichts der provozierenden Äußerungen der Delegation der Ukraine möchte ich den russischen Präsidenten Wladimir Putin zitieren: „Wir, Russland, haben den Donbass immer unterstützt und werden ihn weiterhin unterstützen. Wir werden unsere Unterstützung für den Donbass sogar noch verstärken. Das schließt sowohl die Unterstützung der Produktion als auch die Lösung sozialer und Infrastrukturfragen ein.“

Frau Vorsitzende,

es ist enttäuschend, dass entgegen den lautstarken Erklärungen, die wir auch heute gehört haben, dass der Konflikt in der Ukraine dringend beendet werden müsse, die westlichen „Einflüsterer“ der ukrainischen Regierung weiterhin deren krieglerische Handlungen und Rhetorik unterstützen, die ukrainische Armee finanzieren und ausbilden und mit Waffen ausstatten. In diesem Jahr plant die ukrainische Regierung groß angelegte Übungen mit den westlichen Partnern. Beispielsweise berät die Werchowna Rada (das ukrainische Parlament) derzeit über einen Gesetzentwurf, der es ausländischen Militärs erlaubt, an gemeinsamen Übungen in der Ukraine im Jahr 2021 teilzunehmen, wofür das Verteidigungsministerium mehr als 38 Millionen Hrywnja aus seinem Haushalt bereitstellen will.

Die Lieferungen von ausländischen militärischen Gütern in das vom Konflikt zerrissene Land gehen unvermindert weiter. Am Vortag meldete die Botschaft der Vereinigten Staaten die Übergabe von mehr als hundert Stück militärischer Ausrüstung. 20 neue Humvee Militärfahrzeuge für die Landstreitkräfte und die Spezialeinsatzkräfte und 84 Boote für die Marine. Wir möchten betonen, dass OSZE-Teilnehmerstaaten, die der ukrainischen Regierung in irgendeiner Form militärisch-technische Hilfe leisten, gemeinsam mit dem ukrainischen Militär die Verantwortung für die Opfer unter der Zivilbevölkerung und für die weiteren Zerstörungen im Donbass tragen.

Es sei darauf hingewiesen, dass die ukrainische Regierung einige Waffen von den Vereinigten Staaten von Amerika und anderen westlichen Ländern auf eigene Kosten und zulasten der sozialen und anderer dringender Bedürfnisse der ukrainischen Bürger erwirbt. Mit anderen Worten vollzieht sich die Militarisierung der Ukraine im Einklang mit den Interessen der westlichen Länder und mit dem Geld der ukrainischen Steuerzahler. Der dramatische Verlust an öffentlicher Unterstützung für die Führung in Kiew und die Regierungspartei zeigt, dass das Vertrauen der klugen ukrainischen Bevölkerung in die erwiesenermaßen krieglerischen Bestrebungen der politischen Elite unaufhaltsam schwindet. Es wäre daher sehr interessant, die Meinung des ukrainischen Vertreters dazu zu hören, wie die Bewohner des Donbass seiner Meinung nach die von der ukrainischen Führung verfolgte Linie im Zusammenhang mit der seit nunmehr sieben Jahren andauernden Militäroperation der ukrainischen Regierung gegen sie empfinden sollen?

Als einer der Vermittler im Friedensprozess betont Russland, dass jede weitere Verlängerung der Waffengewalt in der Ostukraine nicht hinnehmbar ist. Die ukrainische Regierung sollte die Strafaktion gegen die Zivilbevölkerung im Donbass unverzüglich einstellen, ihre Waffen abziehen und an die ausgewiesenen Lagerstätten bringen, illegale Gruppen entwaffnen und ausländische Militärausrüstung und Söldner aus der Ukraine abziehen. Alle Verpflichtungen der Ukraine aus den Minsker Vereinbarungen sowie die auf

dem Gipfeltreffen im „Normandie-Format“ in Paris erteilten Vorgaben müssen erfüllt werden.

Es ist an der Zeit, dass die ukrainische Regierung endlich von ihrer „politischen Augenwischerei“ abrückt, und dass ihre westlichen „Einflüsterer“ aufhören, ihre Bemühungen zu unterstützen, den Konflikt nicht als innerukrainischen, sondern als externen darzustellen, um Russland – einen Garanten der Beilegung – weiterhin haltlos zu beschuldigen, die Friedensbemühungen zu "unterminieren". Wir warnen davor, dass die Fortsetzung dieser Politik die Friedensregelung vereitelt. Das Minsker Maßnahmenpaket vom 12. Februar 2015 muss durch einen direkten Dialog zwischen der ukrainischen Regierung und den Behörden in Donezk und Lugansk vollständig umgesetzt werden. Die Russische Föderation ist bereit, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um das zu erleichtern.

Abschließend noch ein kurzes Wort zur Bezugnahme auf die Krim in den Erklärungen unserer Kollegen. Wir schlagen vor, dass sie sich mit unseren früheren Erklärungen vertraut machen. Wir haben nicht die Absicht, dieses Thema zu erörtern. Es ist für alle Zeiten geklärt.

Danke, Frau Vorsitzende. Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal des Tages als Anhang beizufügen.

---

**966. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 972, Punkt 1 (b) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION ARMENIENS**

Frau Vorsitzende,

am 17. Januar gab das Verteidigungsministerium der Türkei über seine offizielle Website eine Ankündigung bezüglich der gemeinsamen türkisch-aserbaidischen Militärrübung „Winter 2021“ in Kars vom 1. bis 12. Februar heraus. Daraufhin verbreitete das aserbaidische Verteidigungsministerium Informationen über die Abreise des militärischen Personals in die Türkei und der Ausrüstung der aserbaidischen verbundenen Armee Nachitschewan, um an der gemeinsamen Militärrübung teilzunehmen.

Türkischen Medienberichten zufolge soll es sich bei der geplanten Übung um eine der größten militärischen Winterübungen der letzten Zeit handeln, die unter anderem darauf abzielt, die Zusammenarbeit und Koordination bei gemeinsamen Militäroperationen zu verbessern und die Kampffähigkeiten unter extremen Wetterbedingungen zu erproben. Berichten zufolge werden an der Militärrübung Panzerdivisionen, schwere Artillerie, Scharfschützentruppen, Hubschrauber und Spezialkräfte beteiligt sein.

Beim letzten Treffen des Forums für Sicherheitskooperation (FSK) haben wir die Teilnehmerstaaten auf diese Übung aufmerksam gemacht. In Beantwortung unserer Anfrage beharrte die türkische Delegation hier in Wien darauf, dass die Übung aufgrund der geringen Anzahl von Militärpersonal und Ausrüstung, die daran beteiligt sein sollte, nicht nach dem Wiener Dokument notifiziert wurde. Weiter wurde uns mitgeteilt, dass die Türkei über offizielle Quellen „nach Treu und Glauben“ Informationen über Militärrübungen zur Verfügung stellt. Wie ich bereits gesagt habe, wurden in der offiziellen Ankündigung jedoch nur die Daten genannt, an denen die Übungen durchgeführt werden sollen.

Frau Vorsitzende,

wir möchten dem Forum auch die äußerst provozierenden und feindseligen Botschaften in Richtung Armeniens zur Kenntnis bringen, die in den offiziellen Informationen des türkischen Verteidigungsministeriums enthalten sind, insbesondere in Bezug auf den sogenannten „großen Sieg über die armenische Armee in Karabach“ und die Zusicherung, dass die Türkei mit Aserbaidisch „mit einem Herzen und einer Faust“ zusammenarbeiten wird.

In ihren Erklärungen auf den Sitzungen des FSK und des Ständigen Rates in der vergangenen Woche äußerte die armenische Delegation Bedenken gegen die Übung und betonte, dass die Durchführung von Militärübungen mit offensichtlicher Angriffsabsicht, 50 Kilometer von der armenischen Staatsgrenze entfernt, durch zwei Teilnehmerstaaten der OSZE, die vor einigen Monaten offen und schonungslos einen Krieg gegen Karabach und Armenien geführt haben, für sich selbst spricht. Da die Militärübung von der Türkei ausgerichtet wird, fordern wir die Türkei erneut auf, im Sinne der Transparenz detaillierte Informationen über die Parameter der Militärübung zu liefern.

Wir fordern die Türkei und Aserbaidshans erneut auf, alles zu unterlassen, was Misstrauen und Feindseligkeit vertiefen und die Aussichten auf Frieden und Stabilität in der Region weiter schmälern könnte. Darüber hinaus fordern wir die Teilnehmerstaaten auf, auf dieses provozierende Verhalten der Türkei und Aserbaidshans zu reagieren, indem sie unter anderem durch bilaterale und multilaterale Vereinbarungen Druck auf diese beiden Länder ausüben, damit sie verantwortungsbewusst handeln, ihre chauvinistische Politik aufgeben und ihre Verpflichtungen zum Aufbau von Vertrauen und gutnachbarlichen Beziehungen einhalten.



---

**966. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 972, Punkt 2 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION ALBANIENS**

Danke, Frau Vorsitzende.

Geschätzte Vortragende,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich möchte dem US-amerikanischen FSK-Vorsitzenden Anerkennung dafür zollen, dass er dieses Thema zur Diskussion gestellt hat. Und ich möchte allen Hauptrednern dafür danken, dass sie heute ihre Ansichten und Erfahrungen mit uns teilen.

Die OSZE ist ein inklusives Forum mit einem großen Teilnehmerkreis. Es ist also zu erwarten, dass es bei vielen Themen unterschiedliche Standpunkte gibt.

Aber in dieser Organisation und insbesondere im FSK geht es darum, diese Unterschiede in der Wahrnehmung zu überbrücken, Verständnis und Vertrauen aufzubauen und zur Konfliktverhütung beizutragen.

Eine Diskussion über die verstärkte Vornepräsenz hat hier also zweifellos einen Platz.

Sie gibt denjenigen, die an den Gefechtsverbänden teilnehmen – und anderen Verbündeten der Nordatlantikvertrags-Organisation (NATO) – Gelegenheit, den Zweck dieses Einsatzes zu erklären. Zugleich gibt sie denjenigen, die anders denken, die Möglichkeit, diesen Ausführungen zuzuhören und darauf zu antworten. Das ist der Dialog, den wir brauchen, und den wir – wie ich hoffe – führen werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Albanien ist stolz, seinen Beitrag zur Vornepräsenz zu leisten, und demonstriert als Teil des von Kanada geführten Gefechtsverbands in Lettland unser anhaltendes und festes Bekenntnis zum Bündnis. Wir stellen eine kleine Spezialfähigkeit von Kampfmittelbeseitigungspionieren zur Verfügung, und insgesamt 161 Albaner haben in den letzten Jahren dort ihren Beitrag geleistet.

Heute möchte ich, wie alle Verbündeten, die folgenden Punkte unmissverständlich klarstellen.

Die verstärkte Vornepräsenz ist rein defensiv. Sie soll mögliche bewaffnete Angriffe abschrecken und im Falle eines solchen Angriffs das Bündnisgebiet entlang der Ostflanke der NATO besser schützen. Sie ist dazu da, den Frieden zu erhalten.

Sie ist nicht dazu da, die Konfrontation mit anderen Staaten zu suchen, und stellt keine Gefahr für diejenigen dar, die sich außerhalb des Bündnisses befinden, wie sehr diese Darstellung – oder die der so genannten „Umzingelung“ durch die NATO – auch fälschlicherweise in den Medien verbreitet werden mag.

Die verstärkte Vornepräsenz ist eine verhältnismäßige Reaktion auf die Ereignisse in unserer Region vor und nach dem Warschauer Gipfel 2016. Sie ist ein konkreter Ausdruck der Solidarität in der NATO und ihrer Entschlossenheit und Fähigkeit, ihre Verbündeten zu verteidigen. Sie stellt sicher, dass wir die NATO-Verpflichtungen, nämlich die kollektive Verteidigung, im sich wandelnden regionalen Sicherheitskontext einhalten können.

Aber sie ist weit mehr als nur ein symbolischer Ausdruck unserer Einheit. Diese multinationalen Streitkräfte sind kampfbereit. Nur so können sie eine glaubwürdige Abschreckungs- und Verteidigungskraft sein. Und nur so kann eine intensive Ausbildung und Zusammenarbeit zwischen den Bündnispartnern gewährleistet werden, oft unter Bedingungen, an die viele nicht gewöhnt sind, oft mit neuer Ausrüstung, was der Verbesserung unserer Interoperabilität und unseres Zusammenhalts dient.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

bei der verstärkten Vornepräsenz gibt es keine Geheimnisse. Ob in Brüssel oder in unseren Hauptstädten, wir werden weiterhin alles tun, um diese Initiative transparent zu gestalten.

Mit einer Gesamtzahl von 4 500 Soldaten in vier Ländern liegt sie weit unter jeder vernünftigen Definition von „substanziellen Kampftruppen“.

Und wenn man über die Grenze im Osten schaut, wo die Truppen im Rahmen der verstärkten Vornepräsenz stationiert sind, ist sie viel kleiner als die Großverbände, die regelmäßig auf der anderen Seite zusammenkommen und üben.

Sie ist – und bleibt – offen für Rüstungskontrolle und vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen nach dem Wiener Dokument und dem Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa, soweit anwendbar, sowie natürlich auch nach bilateralen Vereinbarungen.

Wir wollen, dass dies allen völlig klar ist, damit es nicht das Vertrauen untergräbt. Die heutige Diskussion ist ein willkommener Schritt in diese Richtung.

Ich möchte also noch einmal den Vereinigten Staaten von Amerika und den heutigen Rednern danken und freue mich auf die Beiträge der anderen.

Danke.

Ich bitte Sie, diese Erklärung dem Journal des Tages beifügen zu lassen.

---

**966. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 972, Punkt 2 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION FRANKREICHS**

Frau Vorsitzende,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Frankreich schließt sich der Erklärung, die im Namen der Europäischen Union abgegeben wurde, vollinhaltlich an. Dennoch möchten wir noch einige Anmerkungen in nationaler Eigenschaft hinzufügen.

Frankreich freut sich, Frau San, Herrn Murphy, Frau Tyszkiewicz und Herrn Aleksa zum heutigen Sicherheitsdialog begrüßen zu dürfen, und dankt ihnen herzlich für ihre qualifizierten Vorträge.

Wir möchten auch Oberst Guillaume Trohel begrüßen, der seine operativen Erfahrungen als Kommandeur des französischen Kontingents, das von August bis Dezember 2019 im Rahmen der verstärkten Vornepräsenz der NATO (eFP) in Estland im Einsatz war, mit uns geteilt hat.

Wir sind überzeugt vom Nutzen des Erfahrungsaustauschs und hoffen, dass wir in den anschließenden Erörterungen den größtmöglichen Gewinn daraus ziehen werden.

Auf den NATO-Gipfeln in Newport 2014 und Warschau 2016 haben die NATO-Mitgliedsstaaten beschlossen, das Verteidigungs- und Abschreckungsdispositiv des Bündnisses angesichts des neuen Sicherheitsumfeldes zu stärken. In dieser Hinsicht trägt Frankreich mit seiner Präsenz in den baltischen Staaten über eFP-Missionen direkt zur militärischen Aktivität des Bündnisses bei.

Frankreich hat sich seit März 2017 in Estland und anschließend in Litauen engagiert und hat in der Folge seine Präsenz durch die Verlegung seines Kontingents kontinuierlich angepasst. Im Jahr 2020 setzte es sein Engagement im Rahmen der eFP trotz seiner beträchtlichen operativen Verpflichtungen und der durch die COVID-19-Pandemie bedingten Lage fort und entsandte erneut eine Kompanie nach Litauen. Der Besuch der Präsidenten Frankreichs und Litauens in der Kaserne Rukla am 29. September 2020 unterstrich ihr Engagement.

Mit einer Feierstunde in dieser Kaserne begingen die französischen Soldaten der taktischen Untergruppe Lynx am 8. Dezember 2020 das offizielle Ende ihres Einsatzes in Litauen.

Ab März 2021 wird sich Frankreich erneut im Rahmen der eFP beteiligen, allerdings unter anderen Bedingungen. Die mit Leclerc-Panzern ausgerüstete taktische Untergruppe der kombinierten Waffen unter britischem Kommando wird für ein Jahr in Estland stationiert sein.

Frau Vorsitzende,

mit der Bereitstellung von hochwertigen Ressourcen und der Aufrechterhaltung regelmäßiger operativer Aktivitäten in der Region demonstriert Frankreich seine fortgesetzte Beteiligung an vertrauensbildenden Maßnahmen an der osteuropäischen Flanke zum Schutz und zur Sicherheit der Bevölkerung.

Das Hauptziel dieses Einsatzes ist im Sinne eines auf Prävention und Verteidigung ausgerichteten Dispositivs Abschreckung. Die geplanten militärischen Aktivitäten haben keinen aggressiven Zweck und zeigen unsere Solidarität und unser Engagement gegenüber unseren baltischen Verbündeten; sie tragen auf diese Weise zur Erhöhung der Sicherheit und Stabilität auf dem europäischen Kontinent zum Nutzen aller bei.

Ich danke Ihnen, Frau Vorsitzende, und bitte Sie, diese Erklärung dem Journal des heutigen Tags beifügen zu lassen.

**966. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 972, Punkt 2 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DEUTSCHLANDS**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Deutschland unterstützt die Erklärung der Europäischen Union. Als eine von vier „framework nations“ der „NATO enhanced Forward Presence“ im Baltikum und Polen, dem Thema unseres heutigen Sicherheitsdialogs, würde ich gerne folgende ergänzende Bemerkungen aus deutscher Perspektive einbringen.

Ich möchte mich den Äußerungen anderer anschließen und dem US-Vorsitz des FSK dafür danken, dass er dieses wichtige und anspruchsvolle Thema auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung gesetzt hat.

Im Fokus des FSK soll der Dialog über Fragen stehen, die unsere gemeinsame Sicherheit betreffen. Ein ehrlicher Austausch über die Perzeption der Sicherheitsituation ist aus unserer Sicht der Schlüssel für die Verbesserung des Verständnisses von Sicherheitsbedenken, die Partner haben.

Ich hoffe daher, dass unsere heutige Diskussion dazu beitragen wird, mögliche Fehleinschätzungen auszuräumen und die Transparenz und das gegenseitige Verständnis zwischen uns zu erhöhen.

Die Ereignisse von 2014 – die Besetzung der Krim und der Konflikt im Donbass – haben die europäische Sicherheitsordnung und damit den Grundkonsens in der OSZE schwer erschüttert. Gemeinsam mit Frankreich arbeiten wir an der Überwindung dieser Krise, wir sprechen darüber ja regelmäßig im Ständigen Rat und auch hier im Forum für Sicherheitskooperation.

Die Ereignisse von 2014 waren dann auch das auslösende Moment, um unsere Entschlossenheit in der Allianz zur gemeinsamen Bündnisverteidigung in einer sichtbaren Form zu unterstreichen.

Und ich wiederhole: Es geht um Verteidigung. Die von uns als NATO-Partner beschlossenen Maßnahmen bieten in keiner Weise Anlass für eine militärische Eskalation. Das ist klar erkennbar, wenn man die Größenordnungen dieses Einsatzes betrachtet.

Deutschland hat im Februar 2017 die Führung des multinationalen Bataillons im litauischen Rukla übernommen und stellt seitdem auf rotierender Basis mit ca. 550 Soldaten einen erheblichen Teil dieses Verbandes. Wir wollen in dieser Form unseren Beitrag zu Sicherheit und Stabilität in der Region leisten, gemeinsam im Bündnis und auf Einladung unserer litauischen Partner und Freunde.

„Enhanced Forward Presence“ bietet in keiner Weise Anlass zu Sorge oder gar eine Hürde für eine Intensivierung unserer Zusammenarbeit im Forum für Sicherheitskooperation. Vertrauensbildende Maßnahmen sind weiter möglich und nötig. Ich appelliere daher an unsere russischen Kolleginnen und Kollegen, ihre Sorgen abzulegen und die Möglichkeit zu eröffnen, eine Modernisierung des Wiener Dokuments nun in Angriff zu nehmen. Wir, wie auch 44 weitere teilnehmende Staaten, sind dazu bereit.

Ich bitte, meine Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

Vielen Dank.

---

**966. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 972, Punkt 2 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION RUMÄNIENS**

Frau Vorsitzende,

wir schließen uns der Erklärung der EU voll und ganz an; erlauben Sie mir jedoch einige kurze Bemerkungen in nationaler Eigenschaft.

Zunächst möchte ich dem FSK-Vorsitz für seine Initiative zur Anberaumung dieser Gespräche danken. Dies ist in der Tat der richtige Ort und der richtige Zeitpunkt, um in aller Transparenz und Offenheit jeden Verdacht, jedes Missverständnis und jede Fehlinterpretation in Bezug auf die Vornepräsenz der NATO auszuräumen.

Diejenigen, die vor mir das Wort ergriffen haben, sowohl die Teilnehmer an der Podiumsdiskussion als auch die Vertreter der NATO-Länder, haben bereits überzeugend den defensiven Charakter der Vornepräsenz hervorgehoben. Ich möchte daher diese bereits dargelegten Argumente nicht wiederholen.

Lassen Sie mich jedoch einige Aspekte hervorheben, die aus der Sicht Rumäniens sehr wichtig sind.

Die Vornepräsenz der NATO an der Ostflanke war eine legitime und verhältnismäßige Reaktion auf die gravierende Verschlechterung der Sicherheitslage in der unmittelbaren Nachbarschaft des Bündnisses, insbesondere nach der rechtswidrigen und unrechtmäßigen Annexion der Krim im Jahr 2014, gefolgt von der starken Militarisierung der Halbinsel. Ohne jeden Zweifel haben diese Entwicklungen tiefgreifende Auswirkungen auf die Sicherheitslage in der Schwarzmeerregion und sind daher natürlich auch für Rumänien von Belang.

Um die Verteidigung des südöstlichen Teils der NATO-Ostflanke zu stärken, haben die Bündnispartner auf dem Warschauer Gipfel 2016 eine maßgeschneiderte Vornepräsenz beschlossen, die die Schwarzmeerregion abdeckt und die verstärkte Vornepräsenz im Nordosten ergänzt. Diese beiden Komponenten sind miteinander verbunden und sollten mit der gleichen Logik angegangen werden. Rumänien leistet einen Beitrag zur Umsetzung beider Komponenten.



Wir danken allen Bündnispartnern, die unsere Bemühungen unterstützen. Die Vornepräsenz soll unsere Interoperabilität verbessern und unsere Einsatzbereitschaft nicht nur in der Region, sondern im gesamten Bündnis erhöhen. Sie demonstriert die Solidarität der Bündnispartner und die Stärke der transatlantischen Bande.

Die Öffentlichkeit in meinem Land unterstützt diese NATO-Präsenz vorbehaltlos, die niemanden bedrohen soll und in vollem Einklang mit den internationalen Verpflichtungen der NATO und aller Bündnispartner steht. Ihr Ziel ist es, Konflikte zu verhindern, die NATO-Bündnispartner zu schützen und den Frieden zu bewahren.

Danke, Frau Vorsitzende.

---

**966. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 972, Punkt 2 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION NORWEGENS**

Frau Vorsitzende,

Norwegen schließt sich der soeben von der Europäischen Union abgegebenen Erklärung vollinhaltlich an. Ich möchte jedoch im Namen meines Landes einige zusätzliche Aspekte ansprechen.

Erstens schließen wir uns den Lobesworten anderer an und beglückwünschen die Vorsitzende zur Wahl dieses Themas für den ersten Sicherheitsdialog des Jahres 2021. Dialog und Diskussion sind das richtige Mittel, um sich mit unterschiedlichen Meinungen auseinanderzusetzen, auch im Bereich der Sicherheitspolitik.

Wir danken den Rednern für ihre erhellenden und interessanten Beiträge, die uns bei unseren künftigen Diskussionen im FSK sicherlich weiterbringen werden.

Wie wir heute gehört haben, beteiligt sich Norwegen an dem von Deutschland geführten Gefechtsverband in Litauen, zu dem wir seit 2017 im Rahmen der verstärkten Vornepräsenz turnusmäßig mit einer mechanisierten Kompanie beitragen.

Diese Präsenz ist eine defensive und sicherheitsfördernde Maßnahme, die den Willen der Nordatlantikvertrags-Organisation in Bezug auf die kollektive Verteidigung unterstreicht. Die kollektive Verteidigung ist für ein kleines Land wie Norwegen von entscheidender Bedeutung und ist ein grundlegender Bestandteil unserer Verteidigungsstruktur.

Durch unsere Teilnahme an der verstärkten Vornepräsenz profitieren unsere Soldaten von Ausbildungen und Übungen mit anderen Bündnispartnern. Darüber hinaus stärken wir die Zusammenarbeit und erhöhen nicht zuletzt die Interoperabilität unserer Streitkräfte.

Frau Vorsitzende,

für Norwegen sind Offenheit und Transparenz bei all unseren internationalen Operationen wichtig, und unsere Absichten und Gründe für die Teilnahme sollten bei anderen Vertragsstaaten keine Besorgnis auslösen. Und wir wissen sehr wohl, dass das nicht der Fall ist.

Dialog und Diskussion, wie wir sie heute führen, erhöhen die militärische Transparenz und helfen, Missverständnisse auszuräumen.

Das Wiener Dokument ist ein Instrument, das unter anderem zur Klarstellung und zur Beseitigung von Besorgnissen, die ein Vertragsstaat haben könnte, eingesetzt werden kann, und eine Aktualisierung des aktuellen Dokuments könnte dieses Potenzial noch verstärken. In diesem Zusammenhang erinnern wir an die gemeinsame Erklärung von 45 Teilnehmerstaaten anlässlich des dreißigsten Jahrestags des Wiener Dokuments auf dem letzten Ministerrats-treffen in Tirana. Wir gehen mit großer Offenheit an Diskussionen über die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Verbesserung der Umsetzung des Wiener Dokuments heran. Das Wiener Dokument spielt eine wesentliche Rolle bei der Förderung militärischer Transparenz und politischer Stabilität im OSZE-Raum.

Norwegen dankt dem Vorsitz noch einmal dafür, dass er dieses Thema auf die Tagesordnung gesetzt hat. Wir werden in unserer Sicherheits- und Verteidigungspolitik weiterhin berechenbar und in unseren Aktivitäten transparent sein.

Danke.

Ich bitte um Beifügung dieser Erklärung zum Journal des Tages.

---

**966. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 972, Punkt 2 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION BULGARIENS**

Frau Vorsitzende,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Bulgarien schließt sich den Ausführungen der Europäischen Union vollinhaltlich an. Ich möchte in meiner Eigenschaft als Vertreter meines Landes, eines Schwarzmeeranrainerstaats, noch einiges hinzufügen.

Wir wissen die Initiative des amerikanischen FSK-Vorsitzes, die Vornepräsenz der NATO auf die Tagesordnung zu setzen, sehr zu schätzen. Besonders würdigen möchte ich auch die Teilnehmer an der Podiumsdiskussion mit ihren äußerst interessanten und informativen Beiträgen. Wir sind der Meinung, dass unser heutiger Sicherheitsdialog in höchstem Maße zur Förderung von Transparenz, Verständnis und Vertrauen beiträgt. Er ist sicherlich auch eine Gelegenheit, Besorgnisse in Bezug auf die Sicherheit und falsche Vorstellungen zu zerstreuen.

Frau Vorsitzende,

wie wir bereits festgestellt haben, ist die größte Herausforderung nach wie vor die Aufweichung des Bekenntnisses zu den Prinzipien der Unabhängigkeit, der Souveränität, der territorialen Integrität und der Achtung der völkerrechtlich anerkannten Grenzen. In dieser Hinsicht geben uns Russlands Aktionen gegen Georgien und die Ukraine sowie die rechtswidrige Annexion der Krim Anlass zu großer Besorgnis, insbesondere im Zusammenhang mit der regionalen Sicherheit im Schwarzmeerraum.

Vor diesem Hintergrund betrachtet Bulgarien den Warschauer Beschluss von 2016 über die Vornepräsenz der NATO als einen der wichtigsten im Hinblick auf die Verteidigungshaltung. Mit demselben Beschluss entwickelten die NATO-Bündnispartner eine maßgeschneiderte Vornepräsenz (*tailored Forward Presence*, tFP) in der Schwarzmeerregion. Die Maßnahmen der Vornepräsenz, einschließlich der maßgeschneiderten Vornepräsenz, sind rein defensiver Natur, verhältnismäßig und stehen im Einklang mit dem Völkerrecht und internationalen Verpflichtungen.

Die Verstärkung der NATO-Präsenz in der Schwarzmeerregion ist unmissverständlicher Ausdruck der Solidarität und der Entschlossenheit, auch Prinzipien zu verteidigen, von denen eines das Recht eines jeden souveränen Staates ist, seine sicherheitspolitischen Dispositionen frei zu treffen. Diese wirkungsvolle Verstärkung sorgt für die notwendigen Garantien für unsere Sicherheit. Die Maßnahmen der maßgeschneiderten Vornepräsenz tragen dazu bei, das Lagebewusstsein und die Interoperabilität unter den Verbündeten zu erhöhen und Konflikte in der Region wirksam zu verhüten.

Die Maßnahmen der NATO-Vornepräsenz stellen keine Bedrohung dar, da sie auch Rüstungskontrollregimen sowie vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen nach dem Wiener Dokument unterworfen sein können.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit erneut das uneingeschränkte Bekenntnis Bulgariens zu den Grundsätzen und Normen der Rüstungskontrollregime und der vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen bekräftigen, die auf Risikominderung und Erhöhung von Berechenbarkeit und Vertrauen im politisch-militärischen Bereich abzielen. Wir möchten in diesem Zusammenhang noch einmal unsere volle Unterstützung für eine substanzielle Modernisierung des Wiener Dokuments als wichtigen Schritt zur Wiederherstellung des Vertrauens und zur Wiederbelebung unserer Kultur der Zusammenarbeit, auch in Bezug auf die Maßnahmen der Vornepräsenz der NATO, bekräftigen.

Danke. Ich ersuche um Beifügung dieser Erklärung zum Journal des Tages.

---

**966. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 972, Punkt 2 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Frau Vorsitzende,

die heutige Sitzung des Forums, mit der der amerikanische Vorsitz eine ehrliche Begründung für die verstärkte Vorpräsenz der NATO-Streitkräfte an der Ostflanke liefern wollte, gibt uns Gelegenheit, eine ausführliche Einschätzung der Lage in diesem Gebiet vorzulegen, konkrete Fakten zu liefern und die vorgebrachten haltlosen Behauptungen und Propagandamärchen zu entkräften.

Die Berichte der Vertreterin des NATO-Sekretariats und hoher Beamter aus drei Mitgliedsländern hinterließen Ernüchterung und zeigten einmal mehr, wie weit das Denken der NATO-Strategen von der Realität entfernt ist. Wir fanden die Erklärung des stellvertretenden Staatssekretärs für europäische und eurasische Angelegenheiten Michael Murphy befremdlich und entmutigend. Sie strotzte von politisierten Einschätzungen und ist kaum dazu angetan, Antworten auf die aktuellen Probleme der harten Sicherheit auf dem europäischen Kontinent zu finden.

In ähnlicher Weise ist uns klar geworden, dass der US-Vorsitz beabsichtigt, die Diskussion auf dem bevorstehenden OSZE-Seminar zur Militärdoktrin auf hoher Ebene am 9. und 10. Februar fortzusetzen. Wir haben unsere Partner wiederholt davor gewarnt, dass Vorhaben, die auf eine Konfrontation hinauslaufen, kontraproduktiv sind, und haben vorgeschlagen, davon Abstand zu nehmen. Wir sind davon überzeugt, dass nun niemand mehr hinterfragen wird, warum Vertreter des russischen Verteidigungsministeriums nicht an dem Seminar teilnehmen werden.

Frau Vorsitzende,

ich möchte darauf hinweisen, dass die langjährigen Aktivitäten der NATO entgegen den unbegründeten Behauptungen, die wir heute gehört haben, für Europa kein Mehr an Stabilität und Sicherheit gebracht haben. Im Gegenteil, sie haben zu einer Erhöhung des Konfliktpotenzials und des gegenseitigen Misstrauens sowie zu einer Militarisierung und dem Ziehen neuer künstlicher Trennungslinien auf dem Kontinent geführt.

Die Allianz setzt ihren haltlosen Kurs der sogenannten „Einhegung“ Russlands fort. Sie baut Koalitionskapazitäten auf und rüstet die militärische Infrastruktur in der Nähe von Russlands Grenzen auf. Die „rotierende“ Präsenz in den baltischen Staaten und Polen ist im Grunde nichts anderes als die ständige Stationierung von vier NATO-Battlegroups vor Ort, die zusammen einer verstärkten Grenadierbrigade mit schwerer Ausrüstung entsprechen. Die baltischen Staaten gehören oft zu den wichtigsten Unterstützern der antirussischen Linie und kultivieren eifrig den Mythos einer möglichen russischen „Invasion“. Nach eigenen Angaben der NATO sind nun „mehr militärische Kräfte in der Region stationiert als je zuvor“.

Als Teil der maßgeschneiderten Vornepräsenz der NATO in der Schwarzmeerregion wurde eine multinationale Brigade (mit Truppen aus sechs Ländern: Rumänien, den Vereinigten Staaten von Amerika, Polen, Bulgarien, Spanien und Portugal) mit etwa 4 000 Mann aufbauend auf einen rumänischen Truppenteil gebildet.

Die Ostseeregion unterliegt dramatischen Veränderungen, da die NATO ihre Präsenz in unmittelbarer Nähe zu den Grenzen der Russischen Föderation ausbaut.

Wir sind besorgt über die Aussicht auf eine wachsende US-Militärpräsenz in Polen. Es gibt Pläne für eine erhebliche Erhöhung der Gesamtzahl des US-Militärpersonals dort, zusätzlich zu den bereits stationierten 4 500 Soldaten. Dies könnte zum Teil durch die Verlegung von Truppen erfolgen, die derzeit in Deutschland stationiert sind. Die so entstehende Infrastruktur wird es ermöglichen, den US-Streitkräfteverband in Polen kurzfristig auf 20 000 Mann zu erhöhen.

Ein solcher Schritt, sollte er zustande kommen, würde der NATO-Russland-Grundakte von 1997 einen schweren Schlag versetzen. Wir erinnern an eine ihrer wichtigsten Bestimmungen: „[D]as Bündnis wird seine kollektive Verteidigung und andere Aufgaben erfüllen, indem es die notwendige Interoperabilität, Integration und Fähigkeit zur Verstärkung sicherstellt, und nicht durch zusätzliche permanente Stationierung substanzieller Kampftruppen.“

Mit der Inbetriebnahme des US-Raketenabwehrstützpunkts im rumänischen Deveselu und dem Bau eines ähnlichen Stützpunkts in Polen hat sich die strategische Lage in Europa weiter erheblich verkompliziert. In diesem Zusammenhang betrachten wir die destruktiven Raketenabwehraktivitäten der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten als direkte Bedrohung der internationalen und regionalen Sicherheit und Stabilität.

Selbst vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie hat die Allianz an ihrer Ostflanke Übungen durchgeführt, darunter auch Szenarien gegen einen „vergleichbaren“ Gegner, womit Russland gemeint ist. Wir halten solche Manöver für provozierend und unter den derzeitigen Umständen zumindest für kurzsichtig.

Die Mission des *Baltic Air Policing* der NATO im Baltikum, die 2014 unter dem fadenscheinigen Vorwand einer „Bedrohung“ durch Russland verstärkt wurde, dauert an. Ich möchte Sie daran erinnern, dass diese Mission bereits 2004 (d. h. zehn Jahre vor Beginn der Krise in der Ukraine) ohne wirklichen Grund eingerichtet wurde und ihr Umfang nun vervierfacht wurde, wobei Flüge nahe der russischen Grenze durchgeführt werden. Das

Gleiche gilt für die Präsenz der Seestreitkräfte. Die NATO-Piloten und Kriegsschiffsbesatzungen provozieren bewusst die russischen Alarmtruppen und stellen nach Meinung unserer Militärexperten unsere Bereitschaft zu einer angemessenen Reaktion auf die Probe.

Die Zahl der so genannten „Abfangvorgänge“ unserer Flugzeuge während des NATO-Einsatzes zur Patrouille über der Ostsee nimmt zu, obwohl sich Russland an die Vereinbarungen hält – Luftfahrzeuge, die außerhalb der regulären Flugrouten fliegen, haben ihre Transponder aktiviert, stehen in Funkkontakt mit den zivilen Fluglotsen und folgen den vorab eingereichten Flugplänen.

NATO-Flugzeuge starten, um unsere Kampfflugzeuge „abzufangen“, deren Transponder deaktiviert sind, während sie Tu-134-Passagierflugzeugen Geleitschutz geben. Nach den EUROCONTROL-Vorschriften (in der Fassung vom 1. Februar 2019 – Spezifikationen für harmonisierte Regeln für den betrieblichen Luftverkehr) genügt beim Fliegen in Formation ein Führungsflugzeug mit Flugplan und eingeschaltetem Transponder, das die Kommunikation mit den Flugsicherungsdiensten am Boden hält.

Wir können nicht umhin, auch über die Bemühungen der Führung des Nordatlantikblocks, traditionell neutrale Staaten in ihren Einflussbereich zu ziehen, besorgt zu sein.

Das alles verändert unweigerlich das Kräftegleichgewicht in Europa und provoziert ein Abdriften in ein neues Wettrüsten. Trotzdem lässt sich Russland bei der Planung der Gefechtausübung seiner Streitkräfte weiterhin vom Prinzip der Zurückhaltung leiten.

Wir glauben, dass sachkundige militärische Kontakte zwischen Russland und der NATO wieder aufgenommen werden sollten, um zu deeskalieren und unbeabsichtigte Zwischenfälle zu verhindern. Wir sind zum Dialog bereit. Wir bedauern, dass der NATO-Russland-Rat (NRC), der als primärer Mechanismus zur Beilegung von Meinungsverschiedenheiten und zur Kommunikation über sich abzeichnende Sicherheitsherausforderungen eingerichtet wurde, von der Allianz dazu benutzt wird, uns über Themen zu belehren, die nicht Teil der Arbeit des NRC sind.

Eine Erörterung des Themas der heutigen Sitzung wäre nicht vollständig, ohne auf die Frage der Militärausgaben der NATO einzugehen. Sie wird regelmäßig auf Treffen der Allianz auf allen Ebenen angesprochen und ist praktisch das Hauptthema bei den Treffen der Staats- und Regierungschefs der NATO-Mitgliedstaaten. Es sei darauf hingewiesen, dass seit dem Ende des Kalten Krieges die Verteidigungsausgaben der NATO-Staaten konsequent und deutlich gesenkt wurden und seit 1991 die meisten von ihnen die Einsparungen in die sozio-ökonomische Entwicklung gesteckt haben. Im Jahr 2016 betrug die „Friedensdividende“ nach Angaben des Internationalen Friedensforschungsinstituts in Stockholm etwa 2,6 Billionen US-Dollar, wovon rund die Hälfte auf die Vereinigten Staaten entfiel.

Seit den Ereignissen des 11. September 2001 gab es wiederholt Versuche, die Militärausgaben der europäischen Staaten zu erhöhen. Auf dem NATO-Gipfel in Prag im Jahr 2002 wurde die Prager Verpflichtung zu Verteidigungsfähigkeiten verabschiedet, die ein Ziel von 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für die Verteidigungsausgaben künftiger Mitglieder fordert (vor der Aufnahme Bulgariens, Rumäniens, der Slowakei, Sloweniens und der baltischen Staaten in die Allianz im Jahr 2004). Auf dem Gipfeltreffen in Wales im Jahr 2014 wurde insbesondere angesichts der „Bedrohung aus dem Osten“ festgelegt, dass alle



Mitglieder der Allianz die Verteidigungsausgaben auf 2 Prozent ihres BIP erhöhen müssen, wovon 20 Prozent für Waffen, militärische Ausrüstung sowie Forschung und Entwicklung ausgegeben werden sollten. Es ist erwähnenswert, dass die Vereinigten Staaten während des Brüsseler Gipfels 2018 die Messlatte auf 4 Prozent anhoben.

Die gesamten Verteidigungsausgaben der Allianz beliefen sich 2019 auf 1,04 Billionen Dollar, wovon 730 Milliarden oder mehr als 70 Prozent von den Vereinigten Staaten stammten, während die Ausgaben Kanadas und der europäischen Mitglieder der Allianz 309 Milliarden betragen.

Um die Frage zu beantworten, von welcher Seite die Bedrohung des Friedens ausgeht, genügt die Feststellung, dass die gesamten Militärausgaben der NATO den russischen Verteidigungshaushalt von 46 Milliarden Dollar um das 22,6-fache übersteigen, wobei allein die Ausgaben der europäischen Länder 6,7-mal höher sind.

Frau Vorsitzende,

die Erörterung von Sicherheitsfragen an der Kontaktlinie zwischen unserem Land und den Mitgliedsländern der Allianz wäre unvollständig, würde man nicht auch den Standpunkt Russlands berücksichtigen. Wir haben ein gutes Gedächtnis und können uns daran erinnern, dass die meisten Kriege in unserem Land vom Westen in unser Land hineingetragen wurden. Russland hat diese Kriege nicht begonnen, sondern es hat sie beendet und manchmal einen beträchtlichen Teil Europas unter großen Kosten aus der Unterjochung befreit. Wir sind seit jeher überzeugt, dass es in dieser leidgeprüften Region insgesamt keine unüberwindbaren Differenzen, geschweige denn Probleme gibt, die eine militärische Lösung oder eine maßgebliche Präsenz von politisch-militärischen Blöcken erfordern würden. Doch zeigen der tatsächliche Stand der Dinge und der Aufwuchs einer NATO-Militärpräsenz an unseren westlichen Grenzen, dass die Allianz anders denkt. Die Verantwortlichen der Nordatlantischen Allianz haben im Einklang mit ihrer Propaganda bezüglich der Notwendigkeit, „Russlands aggressive Politik mit Gewalt einzuhegen“, konsequent Maßnahmen zur Militarisierung der Länder Mittel- und Osteuropas umgesetzt.

Wir möchten Sie daran erinnern, dass es unser Land war, das in den 1990er-Jahren einen Beitrag zur Beseitigung der Hinterlassenschaft des Kalten Krieges geleistet hat, den man ohne Übertreibung als beispiellos bezeichnen kann. In Rekordzeit zog Russland Truppen und Rüstungsgüter aus den Ländern Mittel- und Osteuropas ab, löste große Truppenverbände in Deutschland, Polen, Ungarn, der Tschechoslowakei und den baltischen Staaten auf, insgesamt über 800 000 Mann, und zerstörte und entsorgte Zehntausende schwere Waffen und Ausrüstungsgegenstände. Heute ziehen es viele im Westen vor, sich nicht daran zu erinnern, da diese Fakten nicht zum gerne gepflegten Mythos einer russischen „Aggression“ passen.

Unsere Gegner erinnern sich höchst ungern daran, wie eifrig man uns damals versicherte, dass die NATO-Mitgliedschaft die osteuropäischen Staaten von den Phantom-schmerzen ihres historischen Erbes befreien, die Beziehungen zu Russland verbessern und das Bündnis mit einem „Gürtel“ von uns freundlich gesinnten Staaten umgeben würde. Das war nicht der Fall.

Jetzt spricht man in der NATO von der Notwendigkeit eines besonderen Schutzes der mittel- und osteuropäischen Staaten angesichts ihrer faktischen „Frontstellung“. Es ist kaum zu übersehen, dass die Russophobie, die naturgemäß nicht durch Panzer geheilt werden kann, die Außenpolitik mehrerer Staaten dieser Region bestimmt und, noch schlimmer, Teil der Verteidigungsplanung wird und die Form einer Aufrüstung annimmt.

Es ist heute eine Tatsache, dass die „harte“ Sicherheit auf dem Kontinent insgesamt und in Mittel- und Osteuropa im Besonderen in einer tiefen Systemkrise steckt.

Die Nordatlantische Allianz setzt weiterhin den auf dem Gipfel in Wales im September 2014 verabschiedeten *NATO Readiness Action Plan* und die nachfolgenden Beschlüsse der Verteidigungsminister im Nordatlantikrat um. Das alles zielt darauf ab, das Gleichgewicht der militärischen Kräfte in der europäischen Region zu ihren Gunsten zu verschieben, auch in unmittelbarer Nähe zu den Grenzen Russlands. Die Rückkehr einer „schweren“ US-Militärpräsenz nach Osteuropa ist in vollem Gange, einschließlich des weiteren Ausbaus der militärischen Infrastruktur in diesen Gebieten, die eindeutig antirussisch ausgerichtet ist.

Frau Vorsitzende,

unserer Ansicht nach hätte das Thema dieses Treffens auch einen Meinungsaustausch über mögliche Abhilfemaßnahmen beinhalten sollen. Das ist es, was wir zu hören gehofft hatten, aber stattdessen haben wir Altbekanntes zu hören bekommen, wie man Mittel- und Osteuropa weiter mit Rüstungsgütern „auffüllen“ könne, um der angeblichen „russischen Bedrohung“ zu begegnen. Daher wird Russland alle notwendigen Schritte unternehmen, um Risiken und Bedrohungen für unsere nationale Sicherheit zu begegnen.

Gleichzeitig bleibt Russland dem Aufbau einer Architektur einer für beide Seiten vorteilhaften und weitreichenden gesamteuropäischen Sicherheitskooperation verpflichtet, die auf dem Prinzip der Unteilbarkeit der Sicherheit beruht und durch das Völkerrecht gestützt wird. Wir hoffen, dass sich in der NATO schließlich der gesunde Menschenverstand durchsetzen wird und dass unsere westlichen Partner die Kraft finden werden, auf Konfrontation ausgerichtete Pläne aufzugeben, hinter denen der Wunsch steht, ihre eigene Sicherheit auf Kosten anderer zu gewährleisten.

Sowohl Russland als auch die NATO stehen vor denselben Herausforderungen und Bedrohungen. Angesichts der weltweiten Ausbreitung von Terrorismus und Extremismus muss die Allianz aufhören, sich und ihre Partner mit der eingebildeten russischen Bedrohung zu beunruhigen, und in Erwägung ziehen, sich mit Russland zusammenzutun, um die globale und regionale Sicherheit zu gewährleisten. Schon jetzt könnten wir damit beginnen, eine gemeinsame Liste aller Herausforderungen und Bedrohungen zu erstellen, deren Beseitigung zur Stärkung der europäischen Sicherheit beitragen würde. Der erste Schritt in diese Richtung ist mit der Entscheidung Russlands und der Vereinigten Staaten, den Vertrag zur Reduzierung strategischer Waffen ohne Vorbedingungen zu verlängern, getan worden.

Frau Vorsitzende,

während der Sitzung haben wir mit besonderer Besorgnis zur Kenntnis genommen, dass ein hochrangiger US-Diplomat und einige Hauptredner und Delegationen mit ihren

Äußerungen versucht haben, das NATO-Prinzip der „Einhegung“ Russlands zu rechtfertigen und sogar zu fördern. Uns wurde auf wenig überzeugende, um nicht zu sagen ungeschickte Weise versichert, dass im Bereich der militärischen Sicherheit „Abschreckung“ nun das Paradigma sei, das der Rechtfertigung der Allianz für den Aufbau einer Vorpräsenz an ihrer Ostgrenze zugrunde liegt.

Solche Aussagen sind zutiefst beunruhigend für die Zukunft des gesamteuropäischen Sicherheitsdialogs. Wir alle wissen, dass die Gründungsdokumente, auf denen die Arbeit der OSZE beruht, dem Prinzip der umfassenden Stärkung und Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen den Teilnehmerstaaten einen hohen Stellenwert zumessen.

Eine Abkehr vom Konzept der „kooperativen Sicherheit“ und Versuche, es auszuhehlen oder durch OSZE-fremde Elemente zu ersetzen, sind mit schwerwiegenden Folgen für das Funktionieren unserer Organisation und die europäische Sicherheit behaftet.

Abschließend fordere ich noch einmal eindringlich dazu auf, die vergeblichen Versuche aufzugeben, die territoriale Integrität der Russischen Föderation infrage zu stellen. Die Frage der Zugehörigkeit der Krim steht nicht mehr zur Diskussion. Die Halbinsel war, ist und bleibt russisch.

Danke, Frau Vorsitzende. Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal des Tages als Anhang beizufügen.

**966. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 972, Punkt 3 (e) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DER SCHWEIZ  
(AUCH IM NAMEN VON FINNLAND UND LIECHTENSTEIN)**

Frau Vorsitzende,

diese Erklärung erfolgt im Namen von Finnland, Liechtenstein und der Schweiz, den derzeitigen Geldgebern der *e-learning initiative* des FSK.

Erlauben Sie mir, der Abteilung FSK-Unterstützung für ihre Vorstellung des Programms zu danken.

Frau Vorsitzende,

der Multilateralismus wurde in den letzten Jahren auf eine harte Probe gestellt – global und auch regional – und muss gestärkt werden, um unsere aktuellen und gemeinsamen Herausforderungen wirksam bewältigen zu können. Die OSZE als größte regionale Sicherheitsorganisation muss weiterhin eine wichtige Rolle bei der Wiederherstellung von Vertrauen im politisch-militärischen Bereich spielen. Das FSK wurde 1992 genau zu diesem Zweck geschaffen. Doch das FSK ist mehr als eine Dialogplattform. Es ist ein Beschlussfassungsorgan, dem – wie Sie alle wissen – eine Vielzahl praktischer Instrumente zu Gebote steht.

Das e-Learning-Programm soll das Wissen der Teilnehmerstaaten, der Kontaktstellen in den Hauptstädten und der OSZE-Feldmissionen über das FSK und die Themen, mit denen es sich befasst, insbesondere konventionelle Rüstungskontrolle und vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen (VSBM), vertiefen/erweitern.

Diese Initiative ist keine „einmalige“ Veranstaltung. Ziel ist es, die Arbeit des FSK und damit die OSZE insgesamt langfristig zu stärken. Es ist auch mehr als ein Einführungskurs für neue Kollegen. Es soll uns allen ermöglichen, unser Wissen über FSK-bezogene Angelegenheiten zu vertiefen und ihre Bedeutung im Rahmen der Rüstungskontrollarchitektur und im Gesamtzusammenhang besser zu verstehen. Wir hoffen, dass die Delegationen der Teilnehmerstaaten in Wien und in den Hauptstädten die E-Learning-Module nützlich finden und ermutigen sie, aktiv an diesem Programm teilzunehmen.

Gestatten Sie mir abschließend, der Abteilung FSK-Unterstützung des Konfliktverhütungszentrums dafür zu danken, dass sie diese Initiative aufgegriffen hat und die Plattform in einer integrativen und transparenten Weise betreut. Wir würden es begrüßen, regelmäßig über den Fortschritt der Initiative informiert zu werden, und danken dem amerikanischen FSK-Vorsitz dafür, dass er diesen Punkt auf die heutige Tagesordnung gesetzt hat. Wir begrüßen auch die Einbindung der FSK-Koordinatoren.

Ich bitte Sie, diese Erklärung dem Journal des Tages beifügen zu lassen.

Danke, Frau Vorsitzende.

**966. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 972, Punkt 3 (e) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DES FSK-KOORDINATORS FÜR DAS WIENER DOKUMENT  
(SCHWEDEN) (AUCH IM NAMEN DES FSK-KOORDINATORS FÜR  
DEN VERHALTENSKODEX ZU POLITISCH-MILITÄRISCHEN  
ASPEKTEN DER SICHERHEIT (SCHWEIZ), DES FSK-  
KOORDINATORS FÜR ANGELEGENHEITEN BETREFFENDE  
UNSCR 1325 (ALBANIEN), DES FSK-KOORDINATORS FÜR FRAGEN  
DER NICHT-VERBREITUNG (BELARUS), FSK-KOORDINATORS  
FÜR PROJEKTE BETREFFEND KLEINWAFFEN UND LEICHTE  
WAFFEN UND LAGERBESTÄNDE KONVENTIONELLER MUNITION  
(ÖSTERREICH) UND DER VORSITZENDEN DES INFORMELLEN  
FREUNDREKREISES ZU KLEINWAFFEN UND LEICHTEN WAFFEN  
AND LIGHT WEAPONS UND LAGERBESTÄNDE  
KONVENTIONELLER MUNITION (LETTLAND))**

Frau Vorsitzende,  
Exzellenzen,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

erlauben Sie mir, im Namen aller Koordinatoren des FSK-Vorsitzes und auch im Namen der Vorsitzenden des informellen Freundeskreises zu Kleinwaffen und leichte Waffen (SALW) und Lagerbeständen konventioneller Munition (SCA) das Wort zum außer-budgetären Projekt „e-Learning-Programm des Forums für Sicherheitskooperation“ zu ergreifen.

Das Forum für Sicherheitskooperation ist eine einzigartige Plattform und ein Beschlussfassungsorgan im Rahmen der OSZE, das sich auf die politisch-militärische Dimension der Sicherheit konzentriert. Es unterstützt die Arbeit der 57 Teilnehmerstaaten der Organisation in einem breiten Spektrum von Themen, darunter konventionelle Rüstungskontrollregime, vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen, der OSZE-Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit, SALW und SCA, die Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen über Frauen und Frieden und Sicherheit und die Resolution 1540 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen über die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen. Vor allem für diejenigen, die erst in jüngster Zeit der OSZE

beigetreten sind, und für die Kontaktstellen auf nationaler Ebene kann es oft eine Herausforderung sein, sich in der umfangreichen Agenda des FSK zurechtzufinden.

Vor diesem Hintergrund hat die Abteilung FSK-Unterstützung im Konfliktverhütungszentrum des OSZE-Sekretariats das e-Learning-Programm zum FSK entwickelt, das ein erhebliches Potenzial hat, das Wissen und das Verständnis der verschiedenen Zielgruppen für die vielfältigen Themen des Forums zu verbessern. Dieses außerbudgetäre Projekt will die systematische Weitergabe von Wissen über die Arbeit des FSK an Delegierte, nationale Kontaktstellen und andere interessierte Kreise in den Teilnehmerstaaten und ihren Verifikationszentren unterstützen. Meine Kolleginnen und Kollegen sind wie ich der Überzeugung, dass das e-Learning-Programm des FSK die Teilnehmerstaaten besser befähigt, ihre Verpflichtungen zu erfüllen, und nutzbringend für die Diskussionen und den Dialog im Rahmen der politisch-militärischen Dimension der OSZE sein kann.

Das Programm wurde im Oktober 2020 ins Leben gerufen, und wir sind Finnland, Liechtenstein und der Schweiz dankbar, dass sie diese neue Initiative sofort unterstützt haben. Dank ihrer außerbudgetären Beiträge wird derzeit ein Pilotmodul zum Wiener Dokument entwickelt, dessen bis dahin erzielten ersten Fortschritte bei einer Nebenveranstaltung auf dem Jährlichen Treffen zur Beurteilung der Durchführung Anfang März präsentiert werden sollen.

Abschließend möchten wir, die Koordinatoren des FSK-Vorsitzes und die Vorsitzende des Informellen Freundeskreises zu SALW und SCA, dem FSK-e-Learning-Programm unsere nachdrückliche Unterstützung aussprechen und der Abteilung FSK-Unterstützung für die Federführung bei dieser Initiative danken. Wir stehen mit Rat und Tat bereit, für die verschiedenen eLearning-Module, die im Laufe des Jahres nach und nach entwickelt und vorgestellt werden sollen, die Trommel zu rühren. Wir danken den bisherigen Gebern für ihre Beiträge und laden andere Teilnehmerstaaten ein, ebenfalls eine finanzielle Unterstützung für dieses vielversprechende Projekt in Erwägung zu ziehen.

Danke, Frau Vorsitzende, für Ihre Aufmerksamkeit. Darf ich Sie bitten, diese Erklärung in das Journal des Tages aufzunehmen.



**Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa  
Forum für Sicherheitskooperation**

FSC.JOUR/972  
27 January 2021  
Annex 12

GERMAN  
Original: ENGLISH

---

**966. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 972, Punkt 3 (g) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION SERBIENS**

Frau Vorsitzende,  
Exzellenzen,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir bitten den Vorsitz höflich, dafür zu sorgen, dass die OSZE ihre statusneutrale Position gegenüber Kosovo und Metochien in allen offiziell verteilten Dokumenten und Materialien einhält.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und bitte höflich, diese Erklärung dem Journal des Tages als Anhang beizufügen.

Ich danke Ihnen, Frau Vorsitzende.





**Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa  
Forum für Sicherheitskooperation**

FSC.JOUR/972  
27 January 2021  
Annex 13

GERMAN  
Original: ENGLISH

---

**966. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 972, Punkt 3 (h) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION ASERBAIDSCHANS**

Frau Vorsitzende,

die Delegation von Aserbaidschan möchte das Forum für Sicherheitskooperation (FSK) als Plattform nutzen, um die OSZE um praktische Hilfe beim Ausbau der Kapazitäten der nationalen Behörden von Aserbaidschan für die Durchführung von Maßnahmen zur Verminderung des von explosiven Kampfmittelrückständen ausgehenden Risikos und Bewältigungsmaßnahmen zu ersuchen. Dieses Ersuchen um praktische Hilfestellung erfolgt auf der Grundlage unserer gemeinsamen Verpflichtungen in der politisch-militärischen Dimension im Einklang mit dem OSZE-Dokument über Lagerbestände konventioneller Munition (FSC.DOC/1/03/Rev.1, das am 23. März 2011 neu herausgegeben wurde).

Da Aserbaidschan die Sanierung der vom Konflikt betroffenen Gebiete in Angriff nimmt, wäre eine praktische Hilfestellung durch die OSZE, die uns bei der Umsetzung unserer Verpflichtungen in Bezug auf Kampfmittel helfen würde, sehr wertvoll. Zu diesem Zweck ist die Unterstützung der zuständigen nationalen Behörden durch Stärkung ihrer technischen und operativen Kapazitäten für eine wirksamere, reibungslosere und sicherere Räumung von mit Sprengstoffen kontaminierten Gebieten von größter Bedeutung.

Die Delegation von Aserbaidschan wird zu gegebener Zeit weitere Informationen über den Bedarf und die beantragte Hilfe übermitteln.

Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal des Tages als Anhang beizufügen.

Danke, Frau Vorsitzende.